Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Kaden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3.60. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 82. | Dresden, Mittwoch den 11. April 1917. | 28. Jahrg.

Zur preußischen Wahlrechtsreform.

Nunmehr hat auch das Berliner Blatt der Zentrumspartei, die Germania, zum Ostererlaß des Kaisers Stellung genommen. Es geschieht in der vorsichtig lavierenden Art, die in der Zentrumspolitik überhaupt vorherrscht. Die Germania führt aus:

„In der Tat müssen und können sich nunmehr die Dränger und Stürmer auf der Linken, die den Zeitpunkt für die Reform des preußischen Wahlrechts bereits so unaufschiebbar als gekommen erachteten, daß sie sie unverzüglich noch während des Krieges erfüllt sehen wollten, nun zufrieden geben. Zu einem Staatsakt, wie diese Osterbotschaft einer ist, erscheint selbstredend jedes einzelne Wort als von besonderem Gewicht, es ist sorgfältig nach jeder Richtung hin erwogen. Darum weiß das preußische Volk, daß es für die so lange erstrebte Wahlreform jetzt nicht nur das Wort einer Regierung hat, die heute oder morgen beschwinden könnte und somit nur relativen Wert besäße, sondern daß ihm auch jenes Königs Wort dafür verpfändet ist . . . Jede preußische Staatsregierung, sie wird heißen können, wie sie wolle, wird in Zukunft sich an dem Königswort von Ostern 1917 zu orientieren haben. Die Streitfrage im preußischen Wahlrechtsproblem bleibe die der Gleichheit des Stimmengewichts, niemand werde verkennen, daß über die Entscheidung der ganzen Frage nunmehr allein vom Herrn Werde. Das Zentrum werde deshalb seine ganze Kraft dafür einsetzen, daß die Gerechtigkeit im besten Sinne des Wortes zu ihrem Rechte kommen werde.

Was aber „die Gerechtigkeit im besten Sinne des Wortes" ist, das verrät das Zentrumsblatt nicht. Es will sich noch immer allerlei vorbehalten, obwohl das Zentrum seit jeher „grundsätzlich" für das gleiche Wahlrecht in den Bundesstaaten eintreten zu wollen erklärt hat.

•

Die konservative Presse befindet sich angesichts der Kaiserlichen Botschaft andauernd in großer Verlegenheit. Früher hatte „nur" der Reichskanzler sich für die politische Neuordnung eingesetzt. Jetzt liegt eine feierliche Kundgebung des preußischen Königs vor, und es ist nun nicht ganz einfach für „die Königstreuen", ihre Unzufriedenheit und ihren Widerstand zu bekunden. Immerhin finden sie sich allgemach in die Situation, indem sie ihre alten Reaktionsgedanken hervorholen und von neuem ausspielen.

Ein durch die konservative Presse gehender Artikel wirft die Frage auf, ob das deutsche Volk den Grad politischer Reife besitze, der die Voraussetzung für die angekündigte Neuorientierung sei:

„Bevor man die Verfassungsfragen heute, insbesondere bezüglich des preußischen Staates, in den Vordergrund stellt, sollte man doch erst einmal die Frage sich beantworten: Sind wir Deutsche heute bereits ein politisch völlig durchgebildetes Volk? Sind die ersten leitenden Gesetze, die nun einmal, wie alles menschliche Wesen, so auch das Staatsleben der Völker naturgemäß beherrschen und zu allen Zeiten beherrscht haben, wirklich so in das allgemeine Bewußtsein unseres Volkes übergegangen, daß man uns bereits ein politisch geschultes Volk nennen kann? Unserer Ansicht nach sind wir von dieser wünschenswerten politischen Durchbildung und Erziehung unseres Volkes noch weit entfernt."

Die politische Durchbildung eines Volkes kann selbstverständlich noch immer verbesserungsbedürftig sein. Was hat das aber mit der Aufrechterhaltung des Klassenwahlrechts zu tun? Das preußische Wahlrecht ist bekanntlich nicht je nach der politischen Reife des Wählers bemessen, sondern nach seinem Geld- und Grundbesitz. Darin liegt gerade das Verderbliche des preußischen Klassenwahlunrechts, daß es die politische Durchbildung nicht nur nicht berücksichtigt, sondern unterdrückt. Das Klassenwahlsystem hat das Interesse und die Mitarbeit an der Politik unheilvoll lahmgelegt, wie schon die ganz geringfügige Wahlbeteiligung erwiesen hat. Im übrigen bemerkt das B. T. mit Recht: Als das gesamte deutsche Volk im August 1914 zum Kampfe aufgerufen wurde, da wurde auch bei dem Geringsten die politische Einsicht für groß genug erachtet, um die ganze Schwere der Gefahr zu erfassen. Jetzt, da bei der innerpolitischen Neuordnung mit alten Vorrechten einer dünnen Oberschicht aufgeräumt werden soll, fragen diese Kreise mit einem Male, ob denn das Volk auch bereits genügend politisch geschult sei, um über sein Schicksal mitzubestimmen.

•

Auch die Deutsche Tageszeitung läßt nun ihrem Mißvergnügen über die Kaiserliche Botschaft freiere Bahn. In einem Artikel ihres Redakteurs Paul Block ergeht sie sich in eifrigen Warnungen, daß nicht durch das Entgegenkommen in der Wahlrechtsfrage „das zu Grabe getragen wird, was Preußens und Deutschlands beste Stärke ist: die kraftvolle Monarchie und der starke Staat". In einem weiteren Artikel „aus führenden konservativen Provinzkreisen" wird die „Verdemokratisierung unserer Innenpolitik" sogar als ein politischer Mißerfolg des Krieges und „ein Sieg der mit Waffen besiegten Entente" ausgegeben. Die Furcht vor dem Verluste kostbarer Vorrechte zeitigt die seltsamsten Einschüchterungsversuche gegen Königtum und Regierung.

•

Eine entschiedene Zurückweisung verdienen die Versuche nationalliberaler Blätter, aus dem Ostererlaß Kapital für die nationalliberale Lieblingsidee des Pluralwahlrechts zu schlagen. Die Magdeburgische Zeitung knüpft an die Erklärung des Erlasses, daß nach der Ueberzeugung des Kaisers „für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr sei", die Bemerkung:

„Es bleibt also nur noch die Frage offen, ob auch ein gleiches Wahlrecht, das nach dem Vorhalt des Erlasses nicht ausgeschlossen wäre, oder ein Mehrstimmenwahlrecht vorgeschlagen werden wird. Wir würden dieses vorziehen, da sich die an sich sicher sehr schwierige Regelung der Mehrstimmen befriedigend lösen lassen muß."

Die Nationalliberalen denken bei dem Mehrstimmenwahlrecht mit Vorliebe an das sächsische Muster. Das sächsische Wahlsystem bedeutet aber ganz ohne Zweifel ein Klassenwahlrecht, für das nach dem kaiserlichen Erlaß kein Raum mehr ist. Das sächsische Wahlsystem kann in keinem Falle, auch nicht in irgend welchen Abschwächungen, als Vorbild für Preußen genommen werden. Vielmehr wird auch in Sachsen die Frage der Wahlreform in Fluß gebracht werden müssen.

Ein anderes nationalliberales Blatt, die Münchner Neuesten Nachrichten, hat unmittelbar vor der Kundgebung des Kaisers durch ihren Berliner Mitarbeiter folgende bestimmtere Angaben über die preußischen Wahlrechtsabsichten veröffentlicht:

„Das Wahlrecht wird vielmehr für alle Volksklassen gleich sein, und nur für das Lebensalter und für die Ableistung der militärischen Dienstpflicht eine besondere Bevorzugung in Form von Mehrstimmen gewähren. Wir geben dies wieder, ohne uns dafür zu verbürgen. Nur das eine steht fest, daß die ganze Reformfrage infolge der Kundgebung des Reichstags vom 30. März zum Leben erweckt ist und nicht wieder einschlafen wird."

Auch ein derartiges Mehrstimmenrecht würde Ungerechtigkeiten mit sich bringen. Es erscheint ausgeschlossen, daß ein neues Wahlrecht in Preußen auf solchen Künsteleien errichtet werden kann. Richtig ist, daß die Kaiserliche Botschaft sich nicht ausdrücklich auf das gleiche Wahlrecht festgelegt hat. Der Sinn und Geist der Botschaft geht aber auf die Billigung dieses Fundamentalsatzes eines neuzeitlichen Wahlrechts aus. Das preußische und deutsche Volk wird auch auf dem Posten sein, um zur gegebenen Stunde ein wirklich zeitentsprechendes Wahlrecht ohne neue Ungerechtigkeiten und ohne kleinliche Künsteleien zu erringen.

•

Die Arbeit des Verfassungs-Ausschusses.

Nach der National-Zeitung haben zwischen Vertretern bürgerlicher Parteien Vorbesprechungen über die Arbeit stattgefunden, die der neue Verfassungs-Ausschuß des Reichstags ausführen soll. Es soll die Frage der Kanzler-Verantwortlichkeit gegenüber dem Reichstag (Artikel 17 der Verfassung) geprüft werden.

Ein zweiter Programmpunkt beschäftigt sich mit der Stellung der Staatssekretäre. Diese sind verfassungsgemäß beamtete Personen, ihre Verantwortlichkeit erstreckt sich auf die ihnen vorgesetzten Stellen, sie haben aber nicht den Charakter von Ministern. Deshalb ist es beispielsweise nicht denkbar, daß irgendeine politische Persönlichkeit das Amt eines Staatssekretärs annehmen könnte, es sei denn, daß sie mit einer vollkommenen politischen Ausschaltung einverstanden wäre.

Ein dritter Programmpunkt befaßt sich mit Artikel 9 der Verfassung, der u. a. besagt, daß niemand gleichzeitig Mitglied des Bundesrats und des Reichstags sein könne; auch hier sollen Aenderungen erfolgen.

Viertens endlich sollen verschiedene, mehr in das einzelne gehende Reformen des Reichstagswahlrechts angestrebt werden.

Kämpfe zwischen Lens und Arras.

† **Berlin**, 10. April. Zu den Kämpfen im Westen. Auf dem alten Kampfgelände zwischen Lens und Arras, das schon im Jahre 1915 heiß umstritten war, haben die Engländer auch die seit 1915 dort gehaltenen Stellungen zum Angriff angesetzt. Durch stärksten Einsatz aller mechanischen Kampfmittel und größter Mannschaftsmengen konnten sie einen örtlichen Erfolg erzielen, wie er erfahrungsgemäß im Stellungskriege durch Anhäufung von Artillerie und Truppen an einem bestimmten Punkte anfänglich erzielt wird. **Der beabsichtigte Durchbruch der Engländer ist indessen trotz ungeheurer blutiger Opfer vollkommen gescheitert.** Die deutschen Truppen haben trotz erheblichen Verlusten im Trommelfeuer und Sperrfeuer der englischen Uebermacht den wirksamsten Widerstand entgegengesetzt. Zwischen Arras und Vaill zeigten im geräumten Gebiet die Kämpfe den gleichen Charakter, wie in den letzten Tagen. Bei der Erstürmung der Dörfer Hermies und Bourlon erlitten die Engländer sehr schwere Verluste. Der Turm der Kathedrale von Ypern wurde anscheinend von den Engländern durch Sprengung umgelegt. In den letzten Tagen wurde verschiedentlich der Dom von St. Quentin beschossen und stark beschädigt.

Neue vergebliche Angriffe der Engländer bei Arras. Heftige Artillerieschlacht von Vailly bis Reims.

(W. T. B.) **Amtlich. Großes Hauptquartier, den 11. April 1917.**

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Räumlich begrenzte Kampfhandlungen nördlich der Scarpe bei Givenchy-en-Gohelle, Farbus und Fampoux führten keine Aenderung der Lage herbei.

Zu beiden Seiten der Straße Arras-Cambrai setzten nachmittag nach heftigem Feuer die Engländer starke Kräfte in breiter Front zu neuen Angriffen ein; sie sind verlustreich abgewiesen worden.

Seit heute früh sind dort und zwischen Bullecourt und Queant weitere Kämpfe entbrannt.

Zwischen der Straße Bapaume-Cambrai und der Oise spielten sich nur kleine Gefechte vor unseren Linien ab.

St. Quentin wurde wie an den Vortagen mit Granaten und Schrapnells beschossen ebenso La Fère.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz:

Von Vailly bis Reims nimmt die Artillerieschlacht täglich an Heftigkeit zu.

Ein französischer Handstreich gegen unsere Gräben südwestlich von Berry-au-Bac wurde durch raschen Gegenstoß vereitelt.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern:

An Aa, Düna, Stochod, Zlota Lipa und Dnjestr vielfach rege Artillerietätigkeit der Russen.

An der

Heeresfront des Generalobersten Erzherzog Joseph:

und bei der

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen:

nichts Wesentliches.

Mazedonische Front.

Nichts Neues.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Englische Angriffe an der Scarpe gescheitert.

Berlin, 10. April, abends.

Auf dem Südufer der Scarpe sind nach starkem Feuer neu einsetzende englische Angriffe gescheitert.

An der Aisne-Front hält lebhafter Artilleriekampf an.

Im Osten und in Mazedonien keine größeren Gefechtshandlungen.

•

Die höchste Kraftentfaltung der Entente.

Aus Amsterdam wird gemeldet: Englische Militärkreise bezeichnen die jetzige Offensive an der Westfront als die höchste Kraftentfaltung der Entente, die nur vier bis fünf Wochen andauern könne. Der Mangel an genügenden Reserven auf englischer Seite lasse nach obigem Zeitpunkt die Offensive als beendet gelten. Die Ungewißheit, wo die Zentralmächte eine Offensive planen, beeinträchtigt die Pläne der Entente sehr stark. Bezüglich der Plazierung der Reserven ist nach Rußland eine neue englische Militärmission unterwegs, um die Absichten Robertsons zu übermitteln.

Amerikas Kriegsrüstungen.

United Preß vernimmt aus Washington: Die ungeheuren Kriegsvorbereitungen machen in ihrem Fortgang einigermaßen verwirrt: aber eine wirkungsvolle Kriegs- und Wirtschaftsorganisation wird erwartet. Das Finanzamt nimmt bestimmt an, daß die Kriegsanleihe in Form von 5 Milliarden Dollar Staatsobligationen ohne Schwierigkeiten gezeichnet wird. Man wird besondere Anleihekommissionen einrichten, die im ganzen Lande sein und mit den Banken besondere Abmachungen treffen werden. Der Generalstab hält daran fest, daß sein Programm für zwei Jahre aufzustellen ist und erklärt sich durchaus nicht mit der Behauptung einverstanden, daß der Krieg innerhalb dieser Frist beendet sein werde. Das allgemeine Urteil geht dahin, daß es zuletzt zur allgemeinen Wehrpflicht kommen werde.

Der amerikanische Kongreß beriet Dienstag nachmittag über die Kriegsforderung der Regierung in der Höhe von 6½ — sechseinhalb — Milliarden Dollar. Diese Summe macht zum Tageskurs umgerechnet 38 Milliarden Frank. 3 Milliarden Dollar, also ungefähr 17 Milliarden Frank, bilden die erste Summe, die den Alliierten zur Verfügung gestellt wird. Der Rest wird für die nationale Verteidigung der Vereinigten Staaten verwendet. Von den 6½ Milliarden werden 5 Milliarden auf dem Wege der nationalen Anleihe zu 3½ Proz. und 1½ Milliarden durch Steuern und Pachterhöhungen aufgebracht.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19170411/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG